

## **Aufforderung zur Angebotsabgabe**

Regensburger Verkehrsverbund GmbH (RVV)

### ***Einführung eines IDBT (ID basiertes Ticketing) Systems***

Dienst- und Lieferleistungen

CXP4DB0MNZR

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (VgV)

Verbindliches Erstangebot

## 1. Auftraggeber

Regensburger Verkehrsverbund GmbH  
Donaustauer Straße 115  
93059 Regensburg

## 2. Allgemeines

Nach Prüfung Ihres Teilnahmeantrages durch den Auftraggeber werden Sie zur Angebotsphase zugelassen.

Wir möchten Sie daher bitten, für die ausgeschriebenen Leistungen ein Angebot zu fertigen und dieses innerhalb der Angebotsfrist über die Vergabeplattform „DTVP“ (gem. Ziffer 7 dieser Aufforderung) einzureichen.

Mit „Bieter“ sind sowohl einzelne Unternehmer als auch Bietergemeinschaften gemeint, mit „Auftragnehmer“ sind Bieter oder Bietergemeinschaften bezeichnet, die den Zuschlag erhalten haben. Dies gilt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Die Ausschreibungsunterlagen für dieses Verfahren bestehen neben dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe aus den folgenden Dokumenten:

1. A02 Bewerbungsbogen CXP4DB0MNZR
2. A03 IDBT Lastenheft CXP4DB0MNZR
3. A04 Leistungsverzeichnis CXP4DB0MNZR
4. A05 IDBT-Vertrag CXP4DB0MNZR
5. A06 NU-Einsatz CXP4DB0MNZR
6. A07 NU-Verpflichtungserklärung CXP4DB0MNZR
7. A08 Referenzbogen CXP4DB0MNZR
8. A09 Anlage zum IDBT-Vertrag – Service Level Agreement CXP4DB0MNZR
9. A10 Bewertungsmatrix CXP4DB0MNZR
10. A11 Angebotsblatt CXP4DB0MNZR
11. A12 Supplier Code of Conduct CXP4DB0MNZR
12. A13 Eigenerklärung zum BMWK - Rundschreiben CXP4DB0MNZR
13. A14 Bewerbungsgemeinschaftserklärung CXP4DB0MNZR
14. A15 Anlage Stammdatenblatt Validatoren CXP4DB0MNZR
15. A16 IDBT Transaktionsgebührenrechner CXP4DB0MNZR
16. A17 ATB Technische Dokumentation Entwertersäule CXP4DB0MNZR
17. A18 Minимальforderungen der für die EAV erforderlichen Daten CXP4DB0MNZR
18. A19 Beispiel Vertriebsdatenexport CXP4DB0MNZR
19. A20 Schnittstellenbeschreibung PKM-Tarifrechner CXP4DB0MNZR
20. A21 Zonenübersicht CXP4DB0MNZR
21. A22 Übersicht Sortiment KFT CXP4DB0MNZR
22. A23 Informationen zur Anbringung der stationären Validatoren mittels Winkelsäulen am stationären Fahrscheinautomaten CXP4DB0MNZR
23. A24 Datenblatt Kontrollgerät CXP4DB0MNZR

### 3. Auftragsgegenstand:

Ausschreibung zur Beschaffung von Dienstleistungen im Bereich Einführung eines verbundweiten, IDBT-basierten Check-In/Check-Out-Systems. Ziel ist ein barrierearmer und intuitiver Zugang zum ÖPNV für alle Fahrgastgruppen – unabhängig von Smartphone-Besitz, Sprachkompetenz oder detaillierten Tarifkenntnissen. Fahrgäste sollen künftig mit gängigen Zahlungsmitteln (Giro- oder Kreditkarte, RVV-Prepaidkarte sowie Apple Pay / Google Pay) ein- und auschecken können. Im Hintergrund erfolgt eine automatische Bestpreisabrechnung (z. B. Tagesdeckelung), sodass der Fahrgast keinen „falschen“ Tarif mehr wählen kann.

Gegenstand der Vergabe ist sind die o.g. Dienstleistungen sowie ergänzende Dienstleistungen, im Einzelnen:

- zentrale Tarifdatenhaltung über einen bereits vorhandenen RVV-PKM Tarifrechner, an den das CiCo-Hintergrundsystem angebunden werden muss
- Verarbeitung von Check-In/Check-Out-Ereignissen und Berechnung der Fahrpreise
- Abbildung von Zahlungsprozessen in Zusammenarbeit mit einem Transit-PSP und einem Acquirer
- Bereitstellung der Daten für Einnahmenaufteilung und Controlling
- Ticketprüfung von UIC-Barcodes
- VDV-KA-konforme Ticketprüfung inkl. Aktionslistenmanagement und Sperrlistenabruf

In den Fahrzeugen kommen mobile Validatoren zum Einsatz, die:

- die Check-In/Check-Out-Vorgänge erfassen und in der ersten Phase auch einen Ticketverkauf mit eingeschränkter Ticketauswahl ermöglichen,
- EMV-kontaktlose Karten und mobile Wallets verarbeiten,
- UIC und VDV-KA-Medien lesen und prüfen können inkl. Aktionslistenmanagement und Sperrlistenabruf
- über IBIS/ITCS oder – falls alternativ möglich – über autonome Kommunikationswege (z. B. GPS-basierte Ortung) angebunden werden.

Zudem sollen tragbare (transportable) Validatoren für z.B. OnDemand-Verkehre oder Ersatzbusse zum Einsatz kommen.

Für die Einbindung des SPNV und der Bahnhaltepunkte sind stationäre Validatoren ein zentraler Baustein. Grundsätzlich werden fünf Umsetzungsvarianten betrachtet:

- In Ausbauvariante 1 erfolgt die Befestigung des stationären Validators über eine Winkelsäule aus gebürstetem Edelstahl am stationären Ticketautomaten. Die Säule ist vom Bieter bereitzustellen, muss vandalismussicher ausgelegt sein und die Anbringung sowie Inbetriebnahme des Validators erfolgt durch den Bieter

- In Ausbauvariante 2 wird der Validator an vorhandenen Entwerfersäulen des AG montiert, wofür der Bieter eine geeignete Befestigungs- bzw. Adapterlösung vorzusehen hat
- In Ausbauvariante 3 ist der stationäre Validator als autarke Einheit mit Solarpanel und Akkuspeicher auszuführen und mittels einer (lackierten) Stahl- oder Edelstahlsäule bodenmontiert zu befestigen. Alternativ ist eine Befestigung an vorhandenen Beleuchtungsmasten oder vergleichbaren Infrastrukturen vorzusehen
- In Ausbauvariante 4 erfolgt die Ausführung des stationären Validators mit Stromversorgung über das vorhandene Stromnetz der DB-Infrastruktur. Die Befestigung erfolgt über eine bodenmontierte (lackierten) Stahl- oder Edelstahlsäule, während die elektrische Anbindung einschließlich 50-Hertz-Prüfung durch den AG erfolgt
- In Ausbauvariante 5 erfolgt die Montage des stationären Validators als Wandmontage an kommunalen Gebäuden. Die Stromversorgung erfolgt über einen Netzstromanschluss des jeweiligen Gebäudes, der durch den AG in Abstimmung mit der jeweiligen Kommune bereitgestellt wird. Der AN hat eine geeignete, vandalismussichere Wandhalterung sowie einen kompakten Installationskasten (Trafo/Netzteil) bereitzustellen.

Ein zentrales Ziel des Projekts ist die Schaffung eines interoperablen und zukunftsfähigen Systems, das sich schrittweise erweitern lässt. Das CiCo-System soll ausdrücklich als „atmendes System“ verstanden werden, das neue Validatoren verschiedener Hersteller, weitere Verkehrsunternehmen, zusätzliche Haltepunkte und zukünftige Tarif- oder Produktentwicklungen aufnehmen kann, ohne dass grundlegende Systemwechsel nötig werden. Hierfür sind insbesondere folgende Prinzipien maßgeblich:

- Herstellerunabhängigkeit der Endgeräte: Die Systemarchitektur soll vorsehen, dass unterschiedliche Validator-Hersteller eingebunden werden können.
- Einsatz eines Transit-PSP mit Interoperabilitätsfunktion zu anderen Transit-PSP: Die Zahlungs- und Ereignisdaten sollen über einen Transit-PSP so verarbeitet werden, dass mehrere Gateways, Acquirer oder zusätzliche Kartenprodukte künftig ergänzt werden können.
- Standardisierte Schnittstellen: Offene, dokumentierte und standardkonforme Schnittstellen (u. a. zu ITCS/IBIS, Tarifsystem, VDV-KA-Komponenten) sind verpflichtend.
- Skalierbarkeit und Mandantenfähigkeit: Die Lösung soll so gestaltet sein, dass weitere Verkehrsunternehmen, neue Linienbündel und zusätzliche Tarifräume eingebunden werden können.
- Zukunftssicherheit: Das System soll technologische Weiterentwicklungen (z. B. neue Kartentechnologien, weitere digitale Medien) sowie einen Wechsel des Transit Payment Service Providers aufnehmen können.

Die bei den Bussen des Stadtwerks Mobilität bereits eingesetzten Validatoren der Firma Krauth sowie die auf dem EMV-Standard basierende Closed-Loop RVV-Prepaidkarte sollen in das System integriert werden.

Der Rollout soll in drei Phasen erfolgen. In der ersten Phase sollen die SPNV-Haltpunkte sowie die Busse im Landkreis Straubing-Bogen, Landkreis Schwandorf und der Stadt Straubing mit Validatoren mit einer festen Produktauswahl ausgestattet und in Betrieb genommen werden. In der zweiten Phase sollen restlichen die SPNV-Haltpunkte und Busse im Landkreis Regensburg mit Validatoren ausgestattet werden, ohne dass diese in Betrieb genommen werden. In Phase 3 werden alle Validatoren im gesamten Verbundgebiet mit Check-In/Check-Out Funktionalität in Betrieb genommen oder auf diese umgestellt.

#### Meilensteine der Ausführung:

- |   |                                |
|---|--------------------------------|
| • Kickoff   | voraussichtlich ab KW 43- 2026 |
| • Anbindung der Systeme im Testbetrieb  | bis November 2026              |
| • Produktive Anbindung der Systeme  | bis Dezember 2026              |
| • Phase 1: Rollout im Bereich Landkreis Straubing-Bogen, Landkreis Schwandorf und Stadt Straubing | bis Q1 2027                    |
| • Phase 2: Ausstattung der SPNV-Haltpunkte und Busse im gesamten Verbundgebiet                    | bis Q2 2027                    |
| • Phase 3: Umstellung auf CiCo für alle Validatoren im gesamten Verbundgebiet                     | bis Juli 2027                  |

Die detaillierte Aufgabenbeschreibung entnehmen Sie bitte dem Anforderungskatalog "A03 IDBT Lastenheft CXP4DB0MNZR und A04 Leistungsverzeichnis CXP4DB0MNZR"

Es besteht für den Auftraggeber keine Verpflichtung zur Beauftragung der vollständigen Leistungen und Mengen sowie der vollständigen Auftragssumme bzw. der optionalen Angebotsbestandteile.

Die in der Anlage „Leistungsverzeichnis CXP4DB0MNZR“ ausgewiesenen Mengen stellen lediglich unverbindliche Circa-Mengen dar. Der Auftraggeber ist weder zur vollständigen Abnahme der angegebenen Mengen noch zur Ausschöpfung der gesamten Auftragssumme verpflichtet.

Das Vorhaben soll überwiegend aus staatlichen Fördermitteln des Freistaats Bayern, im Übrigen durch die beteiligten Landkreise und Städte finanziert werden. Die förderrechtlichen Voraussetzungen sind derzeit noch in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber; ein Fördermittelantrag wurde noch nicht gestellt. Die Finanzierung des Vorhabens ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend gesichert.

Das Vergabeverfahren und die Zuschlagserteilung stehen unter dem Vorbehalt, dass die Förderung und Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert sind. Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren gemäß § 63 Abs. 1 VgV aufzuheben, sofern die Förder- und Finanzierungsvoraussetzungen wider Erwarten nicht eintreten. Der Auftraggeber wird die Bieter über den Fortgang der Fördermittelabstimmung unverzüglich informieren.

Der mit dem Auftragnehmer zu schließende Vertrag wird dem Auftraggeber für den Fall der Nichtgewährung der Zuwendungen ein eindeutiges und ohne finanzielle Folgen bleibendes Rücktrittsrecht in Textform einräumen (vgl. Nr. 1.5.2 Satz 2 lit. a VV zu Art. 44 BayHO).

Der Leistungsbeginn bedarf einer gesonderten schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber, die erst nach Sicherstellung der Förderung und Finanzierung erteilt wird.

Mit Abgabe ihres Angebots nehmen die Bieter den vorstehenden Förder- und Finanzierungsvorbehalt zur Kenntnis und erkennen diesen an. Gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.“

#### **4. Allgemeine Pflichten der Bieter**

Die Bieter haben sich unmittelbar nach Erhalt der Ausschreibungsunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Der Bieter ist verpflichtet, die Vollständigkeit und Lesbarkeit aller Unterlagen sofort zu überprüfen.

Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Ausschreibungsunterlagen enthalten vertrauliche Informationen. Die Bieter haben die Vertraulichkeit der Unterlagen zu wahren. Die Ausschreibungsunterlagen dürfen durch den Bieter nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Eine sonstige Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, bedarf der schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber. Dies betrifft nicht die Weitergabe an Unternehmen, die als Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, soweit diese die Unterlagen für die Angebotserstellung benötigen. Soweit der Bieter die Unterlagen an Nachunternehmer zur Angebotserstellung weitergibt, verpflichtet er sich, diesen in gleichem Maße zur Vertraulichkeit zu verpflichten, in welchem er gegenüber dem AG verpflichtet ist.

Die Bieter beteiligen sich an keinen unzulässigen oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichteten Wettbewerbsabsprachen. Sie haften dem Auftraggeber für sämtliche durch unzulässige oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichtete Wettbewerbsabsprachen, an denen sie beteiligt waren, verursachten Schäden.

#### **5. Übermittlung und Auskünfte**

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich, bis spätestens **17.08.2026**, 12:00 Uhr darauf hinzuweisen.

Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die beim Auftraggeber über „DTVP“ eingegangen sind. Mündliche/telefonische Anfragen werden nicht beantwortet. Auskunftersuchen sind ausschließlich über die Vergabeplattform „DTVP“ zu stellen und werden nur über die Vergabeplattform beantwortet. Die Bieterfragen sind über die oben genannte Vergabeplattform zu stellen. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt der anfragende Bieter.

Nur durch diese Verfahrensbedingungen verbleibt dem Auftraggeber ausreichend Gelegenheit, angemessen auf Anzeigen zu reagieren, dies allen Bietern mitzuteilen und die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Bearbeitung der Angebote rechtzeitig zu berücksichtigen.



## **6. Anforderung an das Angebot**

Das Angebot ist ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform verschlüsselt bis zum unter Ziffer 7 genannten Einreichungstermin einzureichen.

Vom Bieter sind dem Angebot sämtliche geforderten Unterlagen beizulegen. Mündliche Ergänzungen werden nicht berücksichtigt. Ein auf dem Postweg oder ein nicht verschlüsselt, insbesondere als Telefax, per E-Mail oder im Wege anderer elektronischer Medien eingebrachtes Angebot kann nicht berücksichtigt werden.

In den Unterlagen ist an den dafür vorgesehenen Stellen der Name des Erklärenden anzugeben. Diese Angabe gilt für alle Bestandteile des Angebotes, sofern nicht in einzelnen Formularen gesondert Unterschriften verlangt werden. Dabei sind die entsprechend ausgefüllten und unterschriebenen Formulare einzuscannen und mit den übrigen Bestandteilen des Angebots auf der Vergabeplattform elektronisch einzureichen. Sofern im Angebot der Name des Erklärenden nicht angegeben ist, gilt es als nicht abgegeben!

Das Angebot muss vollumfänglich den Anforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen. Bedingungen, Einschränkungen, Änderungen etc. führen zum Ausschluss des Angebotes.

## **7. Angebotsfrist**

Die Frist für den Eingang der Angebote endet am

**24.08.2026, 12.00 Uhr.**

Die Angebote sind formgerecht ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform „DTVP“ einzureichen.

Ein verspätetes Angebot wird für das Vergabeverfahren nicht berücksichtigt. Das Risiko der Rechtzeitigkeit des Eingangs trägt der Bieter.

## **8. Verfahrensablauf**

Folgender Verfahrensablauf ist vorgesehen:

Nach der Öffnung der rechtzeitig eingegangenen Angebote werden diese einer formalen Prüfung durch den Auftraggeber unterzogen.

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 17 Abs. 11 VgV das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

Sofern eine Verhandlungsrunde stattfindet, haben die Bieter im Anschluss an diese die Möglichkeit, ihre Angebote anhand der Verhandlungsergebnisse zu überarbeiten und anzupassen. Dazu werden Sie mit gesondertem Schreiben (Aufforderung zum finalen Angebot) aufgefordert.

Die dann vorliegenden Letztangebote bzw. im Falle eines Zuschlags ohne Verhandlungsrunde die Erstangebote, werden einer formalen Prüfung unterzogen und anhand der bekanntgemachten Zuschlagskriterien (Ziffer 9) gewertet.

**ACHTUNG: Schon das eingereichte Angebot muss vollumfänglich den Anforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen. Bedingungen, Einschränkungen, Änderungen etc. führen zum Ausschluss des Angebotes.**

## 9. Zuschlagskriterien

Maximal können **maximal 410 Punkte** erreicht werden. Die Bewertung setzt sich wie folgt zusammen:

<b>Gesamtangebotspreis netto</b>	<b>max. 287 Punkten</b>
<b>Konzepte und SOLL-Anforderungen</b>	<b>max. 82 Punkten</b>
<b>Transaktionsgebühren</b>	<b>max. 41 Punkten</b>

Die detaillierten Zuschlagskriterien entnehmen sie bitte der Anlage „A10 Bewertungsmatrix CXP4DB0MNZR“

**Alle geforderten Angaben sind mit Abgabe des Angebotes einzureichen!**

## 10. Zuschlag

Die Zuschlags- und Bindefrist läuft 60 Tage nach der Angebotsfrist (Angebotsabgabe) ab. Der Auftraggeber strebt dennoch an, den Zuschlag zu einem früheren Zeitpunkt zu erteilen. Ein Anspruch auf eine vorzeitige Zuschlagserteilung besteht nicht.

## 11. Umgang mit Daten des Bieters

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und im Falle einer vorgesehenen Zuschlagserteilung an ihn gegenüber nicht berücksichtigten Bietern eine Vorabinformation gem. § 134 GWB erfolgt.

## 12. Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für die Teilnahme am Verfahren, insbesondere die Ausarbeitung der Angebote, erfolgt keine Vergütung, Kostenerstattung oder Entschädigung.

## 13. Akteneinsicht in einem Nachprüfungsverfahren

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens nach den §§ 160 ff. GWB grundsätzlich allen Verfahrensbeteiligten ein Akteneinsichtsrecht zusteht (§ 165 GWB). Jedes Angebot wird in die Vergabeakte aufgenommen. Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsverfahrens verpflichtet, der Vergabekammer die gesamten Akten sofort zur Verfügung zu stellen. Die Bieter müssen daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass ihr gesamtes Angebot von den Verfahrensbeteiligten eingesehen wird. Es liegt somit im eigenen Interesse eines jeden Bieters, geheimhaltungsbedürftige Unterlagen bereits mit der Abgabe des Angebots entsprechend zu kennzeichnen. Dies sollte durch Anbringung der



Kennzeichnung „Geheim“ o.ä. neben den jeweiligen Seitenzahlen der Blätter des Angebots erfolgen. Die Entscheidung über den Umfang der Akteneinsicht obliegt allein der Vergabekammer.